

**Beginn: 10:04 Uhr**

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Meine Damen und Herren, ich heiÙe Sie herzlich willkommen zur heutigen, der 23. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** gebe ich folgende Hinweise: Zu **Tagesordnungspunkt 13** – „Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 – Nachtragshaushaltsgesetz 2010“ – haben sich die Fraktionen verständigt, eine Debatte mit **Redeblock I** zu führen. Hierzu liegt inzwischen auch ein Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 15/1231 vor. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich darf außerdem bereits heute mitteilen, dass sich die Fraktionen auf Empfehlung der antragstellenden Fraktion Die Linke darauf verständigt haben, den Antrag Drucksache 15/661 – „Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ehemaliger Landtagsabgeordneter in NRW“ –, der für **morgen**, Donnerstag, den 3. Februar, als **Tagesordnungspunkt 9** vorgesehen war, nicht zu debattieren, sondern **zurückzustellen**. Der nachfolgende Tagesordnungspunkt wird dann entsprechend vorgezogen. – Auch dagegen sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir morgen so.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

## **1 Ministerpräsident Mappus diskreditiert die Leistungen Nordrhein-Westfalens im Länderfinanzausgleich!**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1225

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 31. Januar 2011 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zum oben genannten Thema eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende Fraktion dem Herrn Abgeordneten Römer das Wort. Bitte schön.

**Norbert Römer (SPD):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Aktuelle Stunde ist nötig geworden, weil sich der baden-württembergische Ministerpräsident Mappus in einem Interview mit der „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ erdreistet hat, uns in Nordrhein-Westfalen Vorschriften zu machen, wie wir unsere Politik zu gestalten und wo wir politische Schwerpunkte – im Übrigen für eine bessere Zukunft der Menschen und für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land – zu setzen hätten.

Sein Vorwurf, unsere Ministerpräsidentin und die Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen würden Gelder aus dem Länderfinanzausgleich für soziale Wohltaten verschwenden, wie er sich ausdrückt, ist so durchsichtig wie Fensterglas und trifft ins Leere.

Seine Drohung, den jahrzehntelang bewährten Länderfinanzausgleich infrage zu stellen und aufzukündigen, verfängt bei uns jedenfalls nicht – auch dann nicht, wenn sich die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, willfährig vor Mappus' Wahlkampfkarren spannen lässt. Wir knicken nicht ein und fallen schon gar nicht auf die Knie vor Herrn Mappus oder Frau Merkel. Dafür gibt es auch überhaupt keinen Grund.

Unser Land Nordrhein-Westfalen hat, seitdem es den Länderfinanzausgleich gibt, über die vielen Jahre und Jahrzehnte hinweg immer treu und brav gezahlt. Für uns war und ist Solidarität selbstverständlich – auch und besonders unter den Bundesländern. Deshalb hätten wir erwartet, Herr Laumann, dass dieses schamlose Wahlkampfmanöver auf dem Rücken der Menschen in unserem Land von der NRW-CDU entschieden zurückgewiesen worden wäre.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, ich spreche Sie auch persönlich an:

(Minister Guntram Schneider: Jawohl!)

Der eigentliche Skandal ist, dass Sie bis heute nicht den Mut aufgebracht haben, entschieden die Interessen unseres Landes zu vertreten und Mappus und seine Helfershelfer in die Schranken zu weisen. Das Verhalten der NRW-CDU ist der eigentliche Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich gebe gerne zu: Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass es diese doch so stolze NRW-CDU zulassen würde,

(Lachen von Dr. Jens Petersen [CDU])

dass den Menschen in unserem Land so vor den Kopf gestoßen wird. Nur um eines vermeintlichen parteipolitischen Vorteils wegen klatschen Sie auch noch Beifall, wenn Herr Mappus aus Stuttgart unser

Land angreift und die Menschen in Nordrhein-Westfalen damit trifft.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Und das aus Ihrem Munde, Herr Kollege!)

Herr Laumann, das wird der NRW-CDU nichts helfen. Es bringt Ihnen nichts, für ein Linsengericht die Interessen unseres Landes einzutauschen.

(Beifall von der SPD)

Schauen Sie in die Bibel; dann wissen Sie, dass das überhaupt nichts bringt. Lassen Sie das sein! Sie haben ja gleich die Gelegenheit, das geradezurücken

(Karl-Josef Laumann [CDU] schüttelt den Kopf.)

und sich vor Nordrhein-Westfalen sowie vor die Menschen in diesem Land zu stellen.

Was sind die Fakten? – Nordrhein-Westfalen war jahrzehntelang starkes Geberland im Länderfinanzausgleich. Nordrhein-Westfalen hat von 1950 bis 2008 – Herr Kollege Laumann, in diesem Jahr war es zum ersten Mal anders; da haben Sie regiert – knapp 17,3 Milliarden € eingezahlt. Damit ist Nordrhein-Westfalen bis heute das viertstärkste Geberland.

39 Jahre trugen wir die Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen. Jahr für Jahr ist eingezahlt worden. In Ihrer Regierungszeit war dies zum ersten Mal nicht der Fall.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

2010 lagen dann die Zahlen vor, von denen Herr Mappus sprach.

Dazu sage ich: Herr Mappus weiß offensichtlich nicht einmal, wie der Länderfinanzausgleich funktioniert, denn dieser hat mit der Ausgabenseite überhaupt nichts zu tun, sondern orientiert sich ausschließlich an der Finanzkraft der Länder, also an der Einnahmenseite.

Ein Land, das mit seinen Pro-Kopf-Einnahmen über dem Bundesdurchschnitt liegt, ist ausgleichspflichtig. Die anderen erhalten Zuschüsse. Die Finanzkraft eines Landes bemisst sich an der Summe seiner Einnahmen und anteilig, zu 64 %, an der Summe der Einnahmen seiner Gemeinden. Diese fallen wegen wirtschaftlicher, geografischer und regionaler Besonderheiten je nach Land unterschiedlich hoch aus.

Dass wir finanzschwache Gemeinden in Nordrhein-Westfalen haben und diese auch ihren Anteil am Länderfinanzausgleich einbringen müssen, ist im Übrigen auch Ihrem Raubzug durch die kommunalen Kassen zu verdanken. Auch dafür tragen Sie Schuld, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Karl-Josef Laumann [CDU] winkt ab. – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Herr Laumann, ich habe jedenfalls bisher an keiner Stelle gehört, dass Sie Ihren Parteifreunden in Süddeutschland einige Hinweise gegeben hätten.

Ich füge hinzu, dass noch etwas verschwiegen wird. Der bundesdeutsche Finanzausgleich besteht nicht nur aus dem Länderfinanzausgleich, sondern auch aus einem Ausgleich bei der Umsatzsteuer, in den Nordrhein-Westfalen 2010 immerhin noch 2,2 Milliarden € einzahlt, weil es das umsatzstärkste Bundesland ist. Das heißt also: Zieht man die 358 Millionen €, die wir aus dem Länderfinanzausgleich bekommen, davon ab, fließen immer noch 1,8 Milliarden € aus Nordrhein-Westfalen in andere Länder. Auch das gehört mit zur Wahrheit. Herr Laumann, ich erwarte, dass Sie dies Ihren Parteifreunden endlich sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn wir schon darüber reden, dass aus den süddeutschen Ländern jetzt mit Fingern auf uns gezeigt wird,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: So ist das!)

will ich nur daran erinnern, dass gerade das Montanland Nordrhein-Westfalen viele Jahre – bis 1992 hat Bayern aus dem Länderfinanzausgleich Zahlungen bekommen – mitgeholfen hat, dass sich Bayern von einem Agrarland mit schönen touristischen Zielen zu einem hochmodernen Land entwickeln konnte. Das wurde aus Nordrhein-Westfalen auch in einer Zeit geleistet, als es uns hier bei Kohle und Stahl dreckig ging, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb lautet meine herzliche Bitte an die Adresse der CDU – die FDP erwähne ich in diesem Zusammenhang gar nicht –: Sorgen Sie endlich dafür, dass dieser Wahlkampf auf Kosten der Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Ende hat. Sagen Sie Ihren Parteifreunden in den süddeutschen Ländern, dass sie das sein lassen sollen.

Bayern hat profitiert und sollte endlich Solidarität zeigen.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Herr Stoiber hat immer wieder darauf hingewiesen, dass der Länderfinanzausgleich vernünftig und notwendig ist. Seine Nachfolger sollten das auch tun. Herr Laumann, helfen Sie ihnen, sich daran zu erinnern. Sie haben gleich alle Chancen, das hier richtigzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Römer. – Für die Fraktion Bünd-

nis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Priggen das Wort.

**Reiner Priggen** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Äußerungen von Ministerpräsident Mappus aus Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen würde aus dem Länderfinanzausgleich Geld erhalten und damit Studiengebühren senken sowie ein beitragsfreies Kindergartenjahr zulasten von Baden-Württemberg einführen, sind billiger Populismus eines Wahlkämpfers – nichts anderes.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Richtig ist: Nordrhein-Westfalen bekommt aus dem Länderfinanzausgleich 2010 Geld.

(Zuruf von der CDU: Ach!)

Das kann aber in der Sache überhaupt nichts damit zu tun haben, dass wir versprochen haben, im Herbst 2011 die Studiengebühren abzuschaffen. Das müsste jedem einleuchten.

(Heiterkeit von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Insofern ist das schon kausal gar nicht möglich und an der Stelle nur nachvollziehbar, wenn man weiß, was am 27. März in Baden-Württemberg passiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Qualität der Behauptung spricht im Übrigen auch für die Politik, die Herr Mappus im letzten Jahr gemacht hat.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es ist nichts anderes als die Panik eines Wahlkämpfers kurz vor der verlorenen Wahl. Roland Koch hat damals gemeint, er könne sich mit Ausländerpopulismus retten. Mappus meint, er könne mit Populismus punkten, indem er zulasten von Nordrhein-Westfalen gegen uns Stimmung macht. Ich glaube nicht, dass diese Rechnung aufgehen wird.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

An die Adresse von CDU und FDP sage ich: Es ist bedauerlich, dass Sie dem, was er da sagt, nicht sachlich entgegentreten. Im Prinzip billigen Sie damit diese Kritik und heißen sie gut. Sie meinen, Sie hätten kurzfristig einen Vorteil davon. Aber es wird Nordrhein-Westfalen nichts nützen, sondern schaden, wenn Sie das unwidersprochen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Statt mit uns gemeinsam deutlich zu machen, dass in den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen neue Regelungen unbedingt notwendig sind, und damit die Landesinteressen zu vertreten, schweigen Sie, obwohl Sie es besser wissen.

Wir haben in einem gemeinsamen Antrag ausgedrückt, dass der Bund einen höheren Anteil an den Soziallasten der Kommunen übernehmen muss, und wissen, dass, auch wenn die Kommunen sehr engagiert sparen, ihre Situation so verzweifelt ist, dass sie es nicht anders schaffen. Im Übrigen ist bemerkenswert, dass Baden-Württemberg für die Kosten der Unterbringung vom Bund einen Anteil von 28,5 % bekommt, wir 24,5 %. Das ist eine Sonderregelung, mit der Herr Mappus überhaupt kein Problem hat, obwohl die baden-württembergischen Kommunen keine höheren Kosten haben als unsere. Das müssten Sie an der Stelle deutlich kritisieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir waren uns einig, dass der Bund zukünftig einen Anteil von 50 Prozentpunkten übernehmen muss, damit die Kommunen überhaupt eine Chance haben. Das sollten wir zusammen weiter vertreten. Wir dürfen uns nichts vormachen. Wir müssen es in unseren jeweiligen Parteien durchsetzen; wir müssen es in Berlin durchsetzen. Das ist eine lange, harte Wegstrecke. Da nützt es nichts, wenn Sie aus Gründen des Populismus Herrn Mappus den Rücken stärken, statt diese Position weiter vorzutragen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich möchte einen weiteren Punkt anführen. Wir haben einen Konsens, dass die Mittel, die wir in Bildung investieren – angefangen von der U3-Betreuung über Kindergärten, Schulen bis hin zu den Hochschulen –, deutlich erhöht werden müssen. Wir wissen, dass wir mehr Geld für Bildung brauchen, weil Ausbildung der wichtigste Rohstoff ist, den wir haben. Wir werden einen zunehmenden Fachkräftemangel haben. Je besser wir ausbilden, je mehr Geld wir da investieren, umso besser ist das für unser Land. Das wissen wir.

Ich sage für meine Fraktion: Wir sollten zusammen überlegen, wie wir den Solidarzuschlag Ost, der richtig war, der viel geholfen hat, der dazu geführt hat, dass zum Teil die Hochschulen im Osten besser aussehen als unsere, perspektivisch in einen Bildungszuschlag umwandeln, damit die Länder mehr Geld bekommen, um das, was wir für Bildung, für Hochschulen brauchen, finanzieren zu können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist in der Sache unumstritten, dass wir das brauchen. Dazu gehört natürlich auch, dass das Kooperationsverbot fallen muss, denn es ist unsinnig, es behindert.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das erkennen zunehmend auch die Kollegen von CDU und FDP.

In gleicher Weise sollten wir uns alle dafür einsetzen, dass die Einnahmen aus dem Emissionshandel – wir reden über 10 bis 12 Milliarden € jährlich, von denen Nordrhein-Westfalen 5 Milliarden € nach Berlin schicken wird – wieder in die Länder zurückfließen, die diese Einnahmen beim Bund verursachen, damit die Länder die Programme, die wir gemeinsam wollen, umsetzen können. Das heißt Emissionsreduktion über Gebäudesanierung und Energieeinsparung. Auch da sind es 10 bis 12 Milliarden €, die in Berlin landen, für die – das will ich gar nicht verhehlen – alle viel Verwendung haben. Auch wir müssen bei unseren Leuten dafür kämpfen, dass das in relevanten Teilen wieder nach NRW kommt, damit wir an der Stelle Maßnahmen durchführen, die zwischen uns ja gar nicht strittig sind. Das wäre auch eine Aufgabe, die wir uns zusammen vornehmen sollten, statt an der Stelle billigen Populismus, Wahlkampf zulasten von Nordrhein-Westfalen zu machen.

Ich hoffe, dass die Diskussion nach dem 27. März mit einer anderen Landesregierung in Baden-Württemberg auf einer solidarischeren Basis weitergeführt werden kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Weisbrich das Wort.

**Christian Weisbrich (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da haben Sie sich für heute früh wirklich ein schönes Thema ausgesucht.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Endlich mal! – Weitere Zurufe von der SPD: Richtig! Ja!)

Die Schuldenkönigin der Nation und ihr Griechenland-Beauftragter, diese beiden wollen einfach nicht sparen. Kritik an Ihrer hemmungslosen Verschuldungssorgie wird von den Koalitionsfraktionen sofort in Majestätsbeleidigung umgedeutet.

Der Mappus hat uns kritisiert. Willy Millowitsch hätte gesagt: „Der Mappus ist ‘ne fiese Möpp“.

(Zurufe)

Frau Ministerpräsidentin, Herr Finanzminister, so einfach können Sie sich die Sache nicht machen. Niemand zweifelt den Länderfinanzausgleich im Grundsatz an. Die Kritik gilt ausschließlich der missbräuchlichen Ausnutzung von Ausgleichszahlungen für Konsumzwecke und damit dem Unterlassen von möglicher Selbsthilfe. Der Länderfinanzausgleich ist ein klassischer Fall von Solidarität der Starken mit den Schwachen. Damit er dauerhaft Bestand haben kann, bedingt er auf der Nehmerseite ein gesundes Verhältnis zur Subsidiarität. Ausgleichszahlungen dürfen immer nur Hilfe zur Selbst-

hilfe sein. Sie dürfen nicht zur Ausnutzung der wirtschaftlich Starken durch Müßiggänger verkommen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben? – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, was ich mit dem richtigen Verhältnis von Solidarität und Subsidiarität meine, lassen Sie mich einmal an einem ganz einfachen Beispiel erklären. Ich wurde während des Weltkrieges in Oberschlesien geboren und habe als kleiner Junge die endlosen Flüchtlingstrecks mitgemacht. In jedem dieser Züge gab es eine Karre, die von den Stärksten gezogen wurde, auf die sich die Schwachen, die Fußkranken, die Alten, die zu Jungen draufsetzen durften. Doch wenn sich irgendjemand von den Leistungsstarken getraut hätte, sich selbst zu verletzen, um für sich einen Platz auf der Karre in Anspruch zu nehmen, dann wäre er von der Gemeinschaft geächtet worden. Das ist die Situation im Länderfinanzausgleich.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, nichts anderes als Selbstverstümmelung betreibt die rot-grüne Minderheitsregierung. Sie schwächt den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen durch Industriefeindlichkeit. Ich sage nur Datteln.

(Beifall von der CDU)

Sie unterlässt es damit, eigene Steuereinnahmen im möglichen Umfang zu generieren. Stattdessen nutzt sie für den durchsichtigen Versuch, mit Wahlgeschenken Wählerstimmen zu kaufen, das in anderen Ländern erwirtschaftete Geld.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Unerhörter Blödsinn!)

Dass sich die anderen Länder wehren, ist doch naheliegend.

Meine Damen und Herren, Bayern fährt zum sechsten Mal einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung. Bayern und Baden-Württemberg muten ihren Bürgern Kindergarten- und Studienbeiträge zu. Doch Sie, Herr Finanzminister, bezeichnen die Schuldenbremse als ein Stück Selbstentmündigung. Das ist keine Selbstentmündigung, sondern ein Stück aus dem Tollhaus. Frau Ministerpräsidentin, das ist keine Präventions-, sondern Kängurupolitik. Sie haben nichts im Beutel, aber Sie wollen große Sprünge machen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Mit dem Konzept des vorsorgenden Sozialstaats ist schon Johannes Rau gescheitert. Er hat nicht nur die Ausgaben für Wissenschaft und Bildung, sondern zur Gegenfinanzierung auch die Finanzverwaltung explosionsartig aufgebläht. Er hat beitragsfreie Kindergärten versprochen, aber dieses Versprechen niemals eingehalten. Übrig geblieben ist nichts als eine Verschuldung, die Nordrhein-Westfalen na-

hezu in den Ruin und den damaligen Finanzminister Diether Posser in den Amtsverzicht getrieben hat, weil Herr Posser den Marsch in die Finanzwirtschaft einer Bananenrepublik nicht länger verantworten wollte und konnte.

Sie haben mit dem Hinweis, Kollege Römer, dass Nordrhein-Westfalen viele Jahre zugunsten von Bayern in den Finanzausgleich eingezahlt hat, recht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: So ist es!)

Der Unterschied ist aber: Bayern hat diese Zahlungen genutzt, um sich in Rekordzeit vom wirklich bettelarmen Agrarstaat zu einem Hightech-Standort mit überragender Wirtschaftskraft zu entwickeln.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Mit der CSU-Lobbypolitik! Das ist die Wahrheit!)

Bayern hat im biblischen Sinne mit seinen Talenten gewuchert. Die sozialdemokratischen Regierungen in Nordrhein-Westfalen haben die Talente des Landes im gleichen Sinne buchstäblich vergraben.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Sie haben über vier Jahrzehnte lang unseren Vorsprung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik verspielt. Und jetzt versuchen Sie schon wieder, den Menschen einzureden, sie könnten alles haben, wenn sie nur Rot-Grün regieren ließen. Die Kuh, die man im Himmel füttern und auf der Erde melken kann, wird es aber auf gar keinen Fall geben. Wer allen alles verspricht, Frau Ministerpräsidentin, wird am Ende niemandem etwas einhalten können.

Natürlich weiß jeder, dass die Finanzkraft je Einwohner Ausgangspunkt für den Länderfinanzausgleich ist. Die Finanzkraft eines Landes ist die Summe aus seinen Einnahmen und zu einem gewissen Prozentsatz denen seiner Gemeinden. Diese Einnahmen kann man allerdings durch gezielte Landespolitik massiv steigern. Bayern hat vorgebracht, was schon Ihr Finanzminister Diether Posser angemahnt hat – von ihm können Sie lernen –: Wer Hilfe zur Selbsthilfe leistet, der hat Anspruch darauf, dass diese Hilfezahlungen nicht hemmungslos konsumiert, sondern messbar werbend im Sinne einer Stärkung der eigenen Steuerkraft angelegt werden. Posser hat das gewusst, und Posser hat den Finanzausgleich immer in diese Richtung kritisiert.

Deshalb schlage ich Ihnen vor: Nehmen Sie doch endlich Abschied von Ihrem Wolkenkuckucksheim. Machen Sie keine Versprechungen auf anderer Leute Kosten, und lassen Sie die Finger insbesondere vom Geld der nachfolgenden Generationen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Bundesländer, die unverschuldet in eine Notlage geraten, haben selbstverständlich Anspruch auf Solidarität. Das sagen auch Herr Mappus und seine Kollegen aus Bayern und aus Hessen. Ihre Bedingung ist aber, dass man die Not durch großzügige

Wahlgewinne nicht selbst verschlimmert. Der Maßstab muss sein: Die Bürger in den Nehmerländern erhalten nicht mehr Leistungen als die in den Geberländern. Denken Sie darüber nach, und beherzigen Sie die alte Spruchweisheit: Was du nicht willst, das man dir tut, das füg auch keinem anderen zu. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Sören Link [SPD]: Immer auf die Omme, Herr Weisbrich! Das sollten Sie lieber beherzigen! – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Freimuth das Wort.

**Angela Freimuth (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auch wenn hier wieder einmal der Versuch unternommen werden soll, zu skandalisieren und Aufregung herbeizuführen, steht doch fest, dass der Gesamthemenkomplex und Regelungskomplex Länderfinanzausgleich notwendigerweise immer wieder ernsthaft hinterfragt werden muss. Und auch wenn es nicht zeitgemäß sein mag: Die FDP will sich mit den offenen Fragestellungen, die es bei diesem Themen- und Problemkomplex gibt, sachlich auseinandersetzen. Denn ich glaube, dass uns Sachlichkeit wesentlich weiterhilft.

Unstreitig ist, dass der Länderfinanzausgleich in Deutschland ein staatsorganisationsrechtlicher Mechanismus zur Umverteilung finanzieller Mittel zwischen Bund und Ländern ist, damit alle die ihnen jeweils zugewiesenen Aufgaben, mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet, erfüllen können. Art. 107 unseres Grundgesetzes beschreibt als Ziel des Länderfinanzausgleichs den angemessenen Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder. Der Länderfinanzausgleich ist in Deutschland Ausdruck der bundesstaatlichen Solidarität zwischen dem Bund und den Ländern auf der einen Seite und natürlich zwischen den Ländern untereinander auf der anderen Seite. Das Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“, Subsidiarität und Solidarität sind hier gerade schon genannt worden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Solidarität ist natürlich keine Einbahnstraße, und deshalb war und ist es auch immer wieder streitbehaftet gewesen, was zum Beispiel diejenigen, die die Solidarität der anderen Bundesländer in Anspruch nehmen, ihrerseits zur Gemeinschaft beitragen müssen. Das kann in der Natur der Sache natürlich nichts in Euro und Cent Messbares sein, und es ist streng genommen auch nicht justiziabel. Aber es war und ist immer wieder eine Frage auch der Vermittlung insbesondere gegenüber denjenigen, die klassisch in den Länderfinanzausgleich einzahlen, und das sind ganz unstreitig Baden-Württemberg und Hessen, die, seit es diesen Län-

derfinanzausgleich gibt, immer zu den Geberländern gezählt und eingezahlt haben.

Bezüglich Bayern wurde eben schon gesagt: Bayern hat bis Mitte der 80er-Jahre die Solidarität der anderen Bundesländer in Anspruch genommen, um seinen Strukturwandel zu managen. Das hat Bayern auch sehr erfolgreich getan: Seit Mitte der 80er-Jahre bzw. spätestens seit Anfang der 90er-Jahre gehört auch Bayern in nicht unbeträchtlicher Höhe zu den klassischen Geberländern.

Meine Damen und Herren, wir stehen heute doch immer wieder vor der Frage der Angemessenheit des Ausgleichs. Manchmal können wir nicht mehr richtig erkennen, dass durch den Länderfinanzausgleich die Eigenverantwortung der Länder gestärkt wird. Wir sind immer noch nicht so weit, dass wir tatsächlich einen Wettbewerbsföderalismus haben, bei dem die Bundesländer für ihre eigenen Anstrengungen belohnt werden. Es ist immer noch eine weitestgehende Egalisierung. Die Anstrengungen der einzelnen Bundesländer rechnen sich für diese Bundesländer und die Bürgerinnen und Bürger immer noch nicht genug.

Wir sind immer noch nicht so weit, dass wir die Finanzbeziehungen tatsächlich entflochten hätten. Steuerautonomie der Bundesländer – sie wurde schon genannt –, Schuldenbremse, Stabilitätskriterien – all das sind noch große Herausforderungen, vor denen wir, auch bei der Frage der Föderalismusreform und als Konsequenz des Länderfinanzausgleichs, nach wie vor stehen.

Und es ist doch – da müssen wir nicht so zu tun, als ob das für uns völlig fremd wäre – nachvollziehbar, dass sich die großen Geberländer der letzten Jahre, Baden-Württemberg und Hessen, auch damit auseinandersetzen und gegenüber ihren Bürgern auch vor einem Vermittlungsproblem stehen, wenn in anderen Bundesländern eine Politik betrieben wird, die sie ihren eigenen Bürgern aufgrund notwendiger Strukturmaßnahmen und aufgrund der notwendigen Konsolidierung ihrer Haushalte nicht „gönnen“.

Es ist doch menschlich nachvollziehbar, dass in den Geberländern immer die Frage auftaucht, warum, wenn in manchen Bundesländern vom beitragsfreien Kindergartenjahr oder dem beitragsfreien Hochschulstudium die Rede ist, diese Leistungen nicht auch den eigenen Bürgerinnen und Bürgern gewährt werden und vermeintlich von den Gebern finanziert werden. Das ist ein menschlich ganz nachvollziehbarer Reflex.

Ich will aber auf den Teil abstellen, auf den man viel intensiver hinweisen muss, nämlich darauf, welche Haushaltskonsolidierungs- und Verschuldungspolitik in den Bundesländern betrieben wird. Das ist einer der Kernpunkte, auf die es im Länderfinanzausgleich tatsächlich ankommt. Dieser Aspekt genießt schon unsere etwas detailliertere Aufmerksamkeit.

Wenn in Nordrhein-Westfalen eine Politik betrieben wird, frei nach dem Motto: Im Himmel ist Jahrmarkt, wir geben mehr Geld aus als wir haben, wir betreiben eine hemmungslose Neuverschuldungspolitik mit Rekordschulden – dann, meine Damen und Herren, ist das natürlich auch etwas, das in ganz engem Zusammenhang mit der Wirtschaftskraft in unserem Land steht. Es gibt reihenweise Studien, die belegen, dass die zunehmende Verschuldung auch dazu führt, dass sich die Finanzkraft eines Landes, Wachstumskräfte in einem Bundesland nicht länger beheimatet fühlen und schließlich woanders investiert wird.

Wenn Nordrhein-Westfalen eine industrie- und wirtschaftsfeindliche Politik betreibt, wenn die Frage von Modernisierung von Kraftwerken und der Bau neuer Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen keine Priorität genießt, wenn die Frage von Investition in Infrastruktur keine Priorität im Industrieland Nordrhein-Westfalen genießt, wenn die Frage einer gerechten Steuer- und Abgabenbelastung hier in Nordrhein-Westfalen keinen Wert darstellt, sondern einfach reflexartig danach geschrien wird, wo denn Steuern erhöht oder neu eingeführt werden können – Stichwort: „Wasserabgabe“ –, dann ist das eine Politik, bei der man sich nicht wundern darf, dass Investoren dem Land Nordrhein-Westfalen leider den Rücken kehren. Das ist eine Politik, bei der man sich nicht wundern darf, dass sich Menschen in anderen Bundesländern Arbeit und Perspektiven erhoffen und dann auch dorthin gehen und ihre Kreativität, ihre Innovationsbereitschaft und ihre Leistung anderen Bundesländern zur Verfügung stellen und damit die Wirtschaftskraft des Landes Nordrhein-Westfalen schwächen.

Das, meine Damen und Herren, muss auch hier im Parlament diskutiert werden. Es ist kein prioritär schwarz-gelbes Projekt, den Länderfinanzausgleich in seiner bestehenden Form zu kritisieren. Prominente Grüne haben sich in den letzten Wochen ebenfalls dazu geäußert. Auch in der Sozialdemokratie wird gelegentlich kritisch und konstruktiv über den Länderfinanzausgleich in bestehender Form nachgedacht.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Abgeordnete, ihre Redezeit.

**Angela Freimuth (FDP):** Wir alle müssen intensiv hinterfragen, denn die real existierenden Probleme im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich werden – und damit komme ich zum Schluss – weder durch solch populistische Äußerungen noch durch Aufgeregtheiten in der Aktuellen Stunde aufgegriffen. Wir sollten sie tatsächlich angehen und lösen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke hat der Abgeordnete Sagel das Wort.

**Rüdiger Sagel (LINKE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Sie von der CDU hier versuchen, die jahre- und jahrzehntelange CSU-Lobbypolitik vom Ministerpräsidenten und ehemaligen Minister Strauß schönzureden, ist wirklich unerträglich. Da kracht die Schwarte, kann ich nur sagen.

(Zuruf von der CDU)

Nun versucht offensichtlich der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Herr Mappus, in die Landespolitik der anderen Bundesländer einzugreifen, obwohl er selbst die Probleme in seinem eigenen Bundesland nicht geregelt bekommt. „Stuttgart 21“ ist ein Fanal, die Bürger seines eigenen Landes empören sich gegen Entdemokratisierung, Wasserwerfer- und Schlagstockattacken als vordemokratisches Unterdrückungsmittel. Das ist die Politik von Herrn Mappus in Baden-Württemberg. Und jetzt mischt er sich in die Politik hier in NRW ein.

Es handelt sich hier um einen untauglichen und unerträglichen Versuch, NRW in ein schlechtes Licht zu rücken.

(Zuruf von der CDU)

Die CDU und auch die FDP sind in NRW offensichtlich so schwach und schlecht aufgestellt, dass sie jetzt schon beim vermutlichen Übergangministerpräsidenten in Baden-Württemberg um Hilfe betteln müssen – ich kann nur sagen: Welch ein Signal von CDU und FDP!

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dabei sind gerade CDU und FDP für die finanzpolitische Misere nicht nur von NRW, sondern von Ländern und Kommunen insgesamt wesentlich verantwortlich.

Die desaströse Bundesfinanzpolitik treibt sie immer tiefer in die Schuldenfalle hinein. Dazu kommt noch die untaugliche Schuldenbremse, die nicht nur von renommierten Rechtswissenschaftlern, sondern auch von Ökonomen als verfassungswidrig eingestuft wird

(Beifall von der LINKEN)

und die notwendige Vorsorgepolitik für die Zukunft drastisch einschränkt.

Gerade die Menschen auf den unteren Einkommensstufen, die prekär Beschäftigten sowie die Erwerbslosen und ihre Kinder müssen unter dieser Politik, insbesondere der Politik von CDU und FDP, leiden. Von gleichen Lebensbedingungen und Chancengleichheit kann keine Rede sein.

Im Gegenteil: In Deutschland klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Das stellen auch alle aktuellen Studien fest. Statt mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen, leisten sich CDU und FDP eine Lobbypolitik, die schamlos diejenigen bedient, die ohnehin am oberen Rand ihren Reichtum vermehren. Auch das ist Ihre Politik, die Sie hier machen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir brauchen eine andere Politik: für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit. – Dafür steht in NRW Die Linke.

(Beifall von der LINKEN)

Dazu ist auch eine Länderfinanzreform notwendig, die nicht nur ihren Namen verdient, sondern auch mit unsozialer Verteilungspolitik Schluss macht.

Mit dem Länderfinanzausgleich sollen die Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands gewährleistet und wirtschaftliche Benachteiligungen ausgeglichen werden. Im Grundgesetz findet dieser Teil der Bund-Länder-Finanzbeziehungen in Art. 107 Abs. 2 Satz 1 seine Rechtsgrundlage.

Schaut man sich aber einmal an, wie das Ganze in der Praxis funktioniert, stellt man fest: Die derzeitige Regelung führt in der Tat dazu, dass sowohl für ein finanzschwaches Bundesland als auch für ein sogenanntes Geberland wenig Anreize bestehen, höhere Steuereinnahmen zu erzielen.

Genau darum geht es aber eigentlich. Wir brauchen endlich wieder höhere Steuereinnahmen. Wir brauchen endlich eine Spitzensteuer, die ihren Namen verdient. Wir brauchen eine Millionärsteuer.

(Beifall von der LINKEN)

Deshalb brauchen wir eine vernünftige Finanzreform in Deutschland. Dafür sind CDU und FDP aber nicht zu gewinnen. Im Gegenteil! Die FDP schreit immer noch nach Steuersenkungen. Das ist der völlig falsche Weg.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn einem finanzschwachen Nehmerland mehr Finanzmittel zur Verfügung ständen, um Steuerfahndung und Betriebsprüfung zu intensivieren, würden für die erzielten Steuermehreinnahmen die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich im fast gleichen Umfang gekürzt werden.

Dieses Thema müsste tatsächlich einmal bei der Länderfinanzreform eingebracht werden. In Nordrhein-Westfalen gehen wir jetzt ja ein Stückchen auf dem Weg und stellen hier endlich mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer ein.

Ähnlich erginge es einem finanzstarken Geberland, das seine entsprechenden Mehreinnahmen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs fast vollständig abführen müsste.

Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass in den finanzstärkeren Bundesländern die mögliche Steuerquote bewusst nicht ausgeschöpft wird, um den ansässigen Unternehmen zusätzliche Standortvorteile zu verschaffen. So sparen die Unternehmen Steuern und die Bundesländer Personalausgaben.

Leidtragende dieses Systems – das vor allem das System von CDU und FDP ist; Sie haben es in den letzten Jahren auch hier in Nordrhein-Westfalen praktiziert – sind große Teile der Bevölkerung, die auf solide finanzierte Leistungen der öffentlichen Hand angewiesen sind. Diese Menschen brauchen eine öffentliche Daseinsvorsorge, für die Sie nicht zur Verfügung stehen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Linke hat deshalb zur Föderalismusreform den Vorschlag unterbreitet, zunächst die falsche Anreizstruktur des Länderfinanzausgleichs hinsichtlich der Personalausstattung zu entschärfen. Diese sieht vor, dass die Kosten für die Aufstockung des Personals in den Landesfinanzverwaltungen auf das Niveau der bereits ermittelten Personalbedarfsplanung im Rechenwerk des Länderfinanzausgleichs so zu berücksichtigen sind, dass Länder mit planmäßiger Personalausstattung für ihr Bemühen um Mehreinnahmen und eine wirksame Durchsetzung der Steuergesetze nicht benachteiligt werden. Das ist aber immer noch Realität.

Um den unsinnigen Steuerwettlauf nach unten dauerhaft zu stoppen, hält Die Linke perspektivisch eine Übernahme der 16 Länderfinanzverwaltungen durch den Bund für geboten. In dieser Forderung sieht sich die Fraktion nicht zuletzt durch ein Positionspapier des Bundesfinanzministeriums gestärkt.

Wenn man einmal in diese Richtung vorangehen würde, hätte man auch eine Perspektive für eine soziale Daseinsvorsorge und könnte tatsächlich gleiche Lebensbedingungen in Deutschland schaffen.

Mit CDU und FDP ist das aber nicht zu machen. Sie blockieren eine vernünftige Finanzpolitik in Deutschland, in den Ländern und natürlich auch in den Kommunen. Gerade die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und die Menschen, die in diesen Städten und Gemeinden leben, sind diejenigen, die unter Ihrer Politik zu leiden haben. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion über den Länderfinanzausgleich macht einmal mehr deutlich: Dort, wo CDU und FDP fürchten, von

den Wählerinnen und Wählern in die Wüste geschickt zu werden,

(Andreas Krautscheid [CDU]: Kennen Sie die Zahlen der SPD?)

reißen Sie Gräben auf, verlassen Sie jeden Weg von Solidarität und scheuen Sie sich auch nicht, den Stammtisch zu bedienen – nach dem Motto: Es muss ja nicht stimmen, was ich sage; es muss sich nur so anhören, als ob es stimmen könnte.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Außerdem muss es in Wallung bringen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das gilt im Übrigen für CDU und FDP nicht nur in Ländern, in denen Sie Angst haben, in die Wüste geschickt zu werden. Das gilt auch in Ländern, in denen Sie immer noch nicht verwunden haben, dass Sie in die Wüste geschickt worden sind.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der Länderfinanzausgleich ist ein Thema, das vor allem von Bayern nach vorne getrieben wird. Man kann ziemlich genau sagen, seit wann: seit Mitte der 90er-Jahre. Die Antwort, warum das so ist, kann ich Ihnen auch geben: weil Bayern seit Mitte der 90er-Jahre Geberland ist und vorher 36 Jahre lang Nehmerland war.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Über lange Phasen in diesen 36 Jahren haben – das muss man deutlich sagen – Kohle und Stahl von der Ruhr nicht nur physisch das Land im Süden aufgebaut, sondern auch mit dem Geld, das hier verdient wurde.

Dass sich die Ministerpräsidenten Mappus und Bouffier sowie ihr bayerischer Kollege Seehofer jetzt zusammenschließen, ist kein Wunder; denn sie glauben, dass sie den „Aufreger“ gefunden haben, der an ihren heimischen Stammtischen für die richtige Wallung sorgt

(Dr. Stefan Berger [CDU]: In welcher Welt leben Sie denn?)

und es ihnen ermöglicht, dass sie – auch wenn es gegen die anderen gerichtet ist; auch wenn sie die anderen schlechtreden – daraus Profite ziehen.

Herr Weisbrich, besonders schlimm finde ich, dass Sie sich hier – ich weiß nicht, warum – zum Erfüllungsgehilfen dieser Art des Vorgehens machen

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

und sich nicht zu schade sind, von Selbstverstümmelung zu reden.

Ich muss Ihnen einmal einige Zahlen nennen,

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Bitte die richtigen Zahlen!)

und zwar zur Steuerkraft von Nordrhein-Westfalen in der Regierungszeit von Schwarz-Gelb. Diese Steuerkraft ist im Übrigen für den Länderfinanzausgleich ausschlaggebend. Auch wenn weder Herr Mappus noch Herr Bouffier noch Herr Seehofer noch Herr Weisbrich es bis jetzt verstanden haben, geht es nicht darum, welche Ausgaben die Länder tätigen. Schon gar nicht geht es darum, welche Qualität diese Ausgaben haben; dazu sage ich gleich noch etwas. Vielmehr geht es um die Einnahmekraft der Länder.

Im Jahr 2005 war diese Einnahmekraft von Nordrhein-Westfalen 2,31 % besser als der Bundesdurchschnitt und lag bei 102,31 %. Im Jahr 2006 lag sie bei 100,62 %, im Jahr 2007 bei 100,16 %, im Jahr 2008 bei 99,77 % und im Jahr 2009 noch einmal bei 100,26 %.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Rüttgers!)

im Jahr 2008 bei 99,77 % und im Jahr 2009 noch einmal bei 100,26 %.

(Heike Gebhard [SPD] – an CDU und FDP gewandt –: Lernen Sie die Zahlen auswendig!)

Jetzt ist sie bei 98,5 % angekommen. Fünf Jahre lang – mit einem kleinen Schlenker –, in denen es ständig bergab ging! Das alles ist natürlich Selbstverstümmelung von Rot-Grün mit Entscheidungen, die jetzt erst anstehen und in den nächsten Jahren kostenwirksam werden.

Es gibt etwas, das ich an dem Brief der drei Ministerpräsidenten absolut unchristlich finde.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie lassen nicht nur Solidarität vermissen nach dem Motto: „Solange ich etwas bekomme, ist das in Ordnung, wenn ich zahlen muss, muss ich das auf den Prüfstand stellen.“, sondern sie haben auch eine ganz interessante Vorstellung von Solidarität.

Es heißt dort nämlich: Sinnvoll und zukunftsweisend ist ein Ausgleichssystem nur dann, wenn es Anreize dafür setzt, dass mehr Empfängerländer aus ihrer Rolle herauskommen und finanziell unabhängiger von den Leistungen anderer Länder werden.

Das ist zwar ein wichtiger Teil, aber wer sich die Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland anschaut, weiß genau: Es gibt Länder und Regionen in Deutschland – Nordrhein-Westfalen gehört übrigens nicht dazu! –, die auf Dauer von dieser Solidarität leben müssen, weil sie die Chancen, die etwa München hat und die München aufbauen konnte, nicht haben. Zu sagen: Wenn ich nicht erkennen kann, dass die in nächster Zeit nichts mehr von mir brauchen, dann bekommen die von mir auch nichts, ist schon eine seltsame Vorstellung, die sie von Solidarität haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Unsere Position und Kritik sind auch im Konzert der gesamten Länder umso glaubwürdiger, als wir über

Jahrzehnte ein Geberland waren. Würden wir so wie Bayern auftreten, könnten wir sagen: Wir brauchen in der gegenwärtigen Situation sage und schreibe 48 Jahre lang Nehmerlandqualität, bis wir das wiederbekommen haben, was wir in diesen Länderfinanzausgleich eingezahlt haben.

(Beifall von der SPD)

Wir haben seit Bestehen des Länderfinanzausgleichs insgesamt 17 Milliarden € eingezahlt. Alleine seit 1995 haben wir 11,5 Milliarden € eingezahlt.

Es ist auch schon angesprochen worden: Wir haben von diesen drei Ministerpräsidenten nie etwas zum Umsatzsteuerausgleich gehört. Dass wir in der Summe allein in diesem Jahr 1,8 Milliarden € überweisen, weil wir ein wirtschaftsstarkes Land sind – über 30 der 100 größten Unternehmen zahlen hier ihre Umsatzsteuer und haben hier Steuerkraft –, ist eine Tatsache, die ausgeblendet wird. Das nimmt man erst einmal. Anschließend – auf Stufe zwei – beschwert man sich.

Mappus bemüht noch einmal den Stammtisch und kommt mit dem Spruch: Das alles ist deshalb so, weil hier zu viel ausgegeben wird. – Herr Weisbrich gibt die Flanke mit der Selbstverstümmelung.

Wissen Sie, Herr Weisbrich, eine „dpa“-Meldung von gestern enthielt eine Forderung der EU-Kommission: Die EU-Kommission will die Schulabbrecherquote senken. In dieser Meldung heißt es: Eine hohe Zahl von Schulabbrechern behindere die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Europas – vor allem in der derzeitigen Wirtschaftskrise. Wäre der Anteil der Schulabbrecher in Europa nur um einen einzigen Prozentpunkt niedriger, dann gäbe es jedes Jahr fast eine halbe Million zusätzlicher, qualifizierter junger Arbeitnehmer, sagt EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou – übrigens eine Griechin!

Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Ja, ein Finanzminister, der, wie die gesamte Regierung, Weitblick walten lässt, weiß, dass es Ausgaben gibt, die zwar nicht in den Länderfinanzausgleich gehen, die aber die Muskulatur dafür stärken, demnächst auf der Einnahmenseite mitlaufen zu können.

(Beifall von der SPD)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Minister, Ihre Redezeit ist beendet.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Ich bin mit meinen Ausführungen auch fertig. – Es ist deutlich geworden, dass die Politik, die wir heute Morgen schon im Einzelnen durchdekliniert haben, die wir zunächst in den Nachtragshaushalt reparaturmäßig eingesetzt haben und die wir noch in die nächsten Haushalte einsetzen, Ausgaben bewirkt, die dazu dienen, den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Familienstandort Nordrhein-Westfalens zu stär-

ken und damit die Einnahmekraft des Landes zu verbessern.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Petersen das Wort.

**Dr. Jens Petersen (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ihr Antrag heute Vormittag ist ein plumptes Ablenkungsmanöver.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD:  
Oh! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Das war ein plumper Beginn Ihrer Rede gerade!)

Sie haben in den letzten Wochen einen schlechten Lauf. Das ärgert Sie.

(Beifall von der CDU)

Sie haben einen schlechten Lauf, weil der Finanzminister zunächst das Verfassungsgericht provoziert hat. Dann hat das Verfassungsgericht eine einstweilige Anordnung erlassen. Diese auch öffentliche Klatsche ärgert Sie jetzt. Jetzt versuchen Sie, hier ein völlig anderes Thema in den Vordergrund zu stellen,

(Zuruf von der SPD: Reden Sie zum Thema!)

anstatt über die wirklich wesentlichen Sachen zu sprechen, um die es geht: Es geht nämlich darum, dass Ihre Politik der Versprechungen – auch der leeren Versprechungen – in den kommenden Monaten und Jahren nicht mehr aufrechtzuerhalten sein wird.

(Beifall von der CDU)

Sie können nämlich in den Monaten eben nicht in die Landschaft gehen und allen das Blaue vom Himmel herunterversprechen, sondern Sie müssen die Entscheidung des Verfassungsgerichts zur Kenntnis nehmen.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Wir haben doch noch keine! – Sören Link [SPD]: Kennen Sie die schon?)

Sie können sich das alles nicht mehr leisten.

Was machen Sie stattdessen? – Eine billige Kritik an einem Erfolgsbundesland wie Baden-Württemberg. Es gibt ja noch andere erfolgreiche Bundesländer in Deutschland.

Die wirtschaftliche Prosperität in diesem Land und damit auch die Finanzkraft liegen jetzt in Ihrer Verantwortung.

Und wenn Herr Walter-Borjans sagt, es gebe Bundesländer und Ecken in der Republik, die auf Dauer Hilfe brauchten, dann ist Bayern das beste Beispiel dafür, dass Hilfe durchaus eine Hilfe zur Selbsthilfe sein kann, nicht aber in einem dauerhaften Hand-

aufhalten enden soll, das Sie jetzt offenbar vorhaben.

(Beifall von der CDU)

Im Übrigen ist es offen gestanden sehr unpassend, wenn der Finanzminister an der Stelle über „unchristlich“ spricht. Es gibt zum Beispiel die Formulierung „Falsches Zeugnis wider seinen Nächsten ablegen“ oder – auf den Punkt – gebracht: Du sollst nicht lügen! – Das sollte dieser Finanzminister an dieser Stelle auch beachten.

(Beifall von der CDU)

Die Kollegin Walsken, die diesem Haus gefühlte Jahrzehnte angehört hat, hat einen Riesenaufstand gemacht, als in der letzten Legislaturperiode das Land NRW nur einige Monate lang ein Nehmerland war. Jetzt ist Nordrhein-Westfalen in einem erheblichen Umfang Nehmerland, und es gibt überhaupt keine Hinweise darauf, dass sich daran etwas ändern soll.

Was sagt also Herr Mappus? – Mit Genehmigung des Präsidenten darf ich zitieren:

„Ich hätte nichts dagegen, wenn NRW oder andere Nehmerländer das Geld in Investitionen für die Zukunft stecken würden, in neue Jobs oder in moderne Technologien, ...“

(Minister Ralf Jäger: Bildung ist keine Zukunftsinvestition?)

Das ist doch ein exzellenter Satz. Dazu kann man doch nur sagen: Der Mann hat absolut recht.

(Beifall von der CDU)

Dann sagt er – ich zitiere weiter –:

„Stattdessen zieht Ministerpräsidentin Kraft als Wohltäterin durchs Land, will Kindergarten- und Studiengebühren abschaffen. Damit verfrüht sie unser Geld und verschärft gleichzeitig die eigene Finanzmisere noch.“

(Serdar Yüksel [SPD]: Sind Sie im Landtag von Baden-Württemberg, oder sind Sie nordrhein-westfälischer Abgeordneter?)

Dazu können wir nur sagen: Herr Mappus hat recht. Die CDU-Landtagsfraktion unterstreicht diese beiden Sätze hundertprozentig. Was er gesagt hat, ist absolut richtig.

(Beifall von der CDU)

Deswegen wäre es besser, Sie würden sich Baden-Württemberg als finanzpolitisches Vorbild anschauen, Sie würden es sich anschauen als ein Bundesland, das über Jahrzehnte eine erfolgreiche Finanzpolitik gemacht hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Was haben Sie eigentlich die letzten fünf Jahre gemacht? Rekordschulden angehäuft!)

Wenn Sie es optisch haben wollen: Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hatte unlängst eine wunderbare Darstellung zum Thema „Länderfinanzausgleich“, auf der zu sehen ist, wer in den letzten anderthalb Jahrzehnten wie viel gezahlt hat.

(Zuruf von der SPD: Hängen Sie sich das doch übers Bett!)

Eines wird ganz deutlich: Von 1995 bis 2005 hatte das frühere Geberland Nordrhein-Westfalen seinen Geberstatus de facto vollständig aufgebraucht. Warum? – Weil sich das Land unter Ihrer Verantwortung schlicht und einfach schlechter entwickelt hat als andere Bundesländer.

(Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

Es gibt andere Bundesländer wie Bayern, die seit 1995 kontinuierlich mehr gezahlt haben. Wenn ein Bundesland wie Bayern jetzt 3,5 Milliarden € einzahlt, dann ist es das berechnete Interesse eines jeden Verantwortlichen in der Politik, zu sagen, man könnte diese 3,5 Milliarden € auch für etwas anderes ausgeben als beispielsweise für Wahlgeschenke in Nordrhein-Westfalen.

(Sören Link [SPD]: Haben wir das denn gemacht, als wir jahrelang gezahlt haben? – Weitere Zurufe von der SPD)

Gerade weil Solidarität keine Einbahnstraße ist, kann ich nur sagen: Wir sind sehr gespannt auf Ihren Konsolidierungshaushalt 2011. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Dr. Petersen. – Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Hahnen das Wort.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Unglaubliche Welt!)

**Ulrich Hahnen (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Weisbrich hat uns in seinem Wortbeitrag soeben gesagt: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu. – Herr Weisbrich, Herr Dr. Petersen, warum haben Sie uns denn Ihre Reden angetan? Warum haben Sie uns diese Diffamierungsorgie angetan?

(Beifall von der SPD)

Im Prinzip könnte es uns ja egal sein, wenn Herr Mappus sein Schwätzle im Ländle von sich gibt. Das ist angesichts des bevorstehenden Wahltermins und der Angst, dass er nicht wiedergewählt wird, sicherlich nachvollziehbar. Nur, ich sage Ihnen: Er soll seinen Wahlkampf bitte in Baden-Württemberg mit baden-württembergischen Themen führen und nicht NRW diffamieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn er das macht, meine Damen und Herren, dann soll er wenigstens bei den Tatsachen bleiben. Tatsache ist, dass der Länderfinanzausgleich überhaupt nichts mit Ausgaben zu tun hat. Vielmehr gibt es ein zweigestuftes Verfahren, in dem es um die Umsatzsteuer und dann in der zweiten Stufe um den Rest des Länderfinanzausgleichs geht. Herr Weisbrich, Herr Dr. Petersen, Sie sollten das einmal lernen. Dass Herr Mappus das nicht weiß – der weiß so vieles nicht –, na gut. Aber Sie geben doch vor, Finanzpolitiker in NRW zu sein. Dann sollten Sie sich auch mit der Systematik des Länderfinanzausgleichs beschäftigen und darstellen, wie sie tatsächlich aussieht.

Ich frage Sie: Wann ist Nordrhein-Westfalen zum Nehmerland geworden? Das ist doch nicht in der Zeit der SPD-Verantwortung passiert, sondern als CDU und FDP die Mehrheit im Landtag hatten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Noch eins, meine Damen und Herren: Immerhin hat Nordrhein-Westfalen, wenn man seit 1995 rechnet – das ist der Zeitpunkt, zu dem die neuen Bundesländer in den Finanzausgleich einbezogen worden sind – rund 20 % des gesamten Ausgleichsvolumens – Umsatzsteuerausgleich, Länderfinanzausgleich – gezahlt, nämlich 47,1 Milliarden €. Zu der Zeit haben auch die Kollegen in Bayern noch kräftig die Hände aufgehoben und kassiert. Da hat sich niemand beschwert.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)**

Sowohl hier im Haus als auch im Bundestag, im Bundesrat und unter allen Parteien bestand bisher politisches Einvernehmen darüber, dass Solidarität festgeschrieben ist. Das, was Sie heute bringen, was Herr Mappus Ihnen als Vorlage für Nordrhein-Westfalen versucht hat zu liefern, ist ein Abschied von dem Thema „Solidarität“. Dies ist mit Sicherheit nicht der Zeitpunkt, zu dem Sie mit Ihren Ausführungen irgendwelche Glanzleistungen vollbracht haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es ist ein falsches Signal für die Zukunft, meine Damen und Herren, wenn Herr Mappus meint, er müsste sich mit 4,5 Milliarden € beim Energiekonzern EnBW einkaufen und gleichzeitig bemäkeln, dass in Nordrhein-Westfalen Vorsorge für die Jugend, für die Zukunft getroffen wird. Ich sage Ihnen: NRW geht den besseren Weg.

(Christian Möbius [CDU]: Schulden machen!)

Ich bin stolz darauf, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen diesen Weg der Vorsorge gehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Frau Freimuth, wenn Sie darauf hinweisen, dass die Politik in Nordrhein-Westfalen wirtschaftsfeindlich ist, dann lassen Sie mich auch Ihnen sagen:

Das, was Herr Mappus in Baden-Württemberg macht, nämlich Firmen gegenüber zu betonen, dass sie in Baden-Württemberg etwas weniger Steuerprüfer sehen werden als in anderen Bundesländern, ist der falsche Weg. Das ist nur ein Beispiel, bei dem Solidarität und wirtschaftliche Vernunft eine Rolle spielen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mit anderen Worten: Hier wird bewusst verschwiegen, dass es zwei Stufen des Länderfinanzausgleichs gibt; die eine betrifft die Umsatzsteuer. Es wird bewusst verschwiegen, dass die Ausgabenseite überhaupt keine Rolle spielt.

In Analogie zu „Stuttgart 21“ sage ich: Herr Mappus wird in die Röhre gucken. Und Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, werden noch lange in die Röhre gucken.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Hahnen. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Orth das Wort.

**Dr. Robert Orth (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn von meinen Vorrednern vonseiten der momentan regierenden Fraktionen von billigem Populismus gesprochen wird, muss man sich doch auch fragen: Was ist das heute für eine Debatte? Warum führen wir diese Debatte hier? Bisher haben Sie in Ihren Wortbeiträgen nur mit dem Finger auf Süddeutschland gezeigt, ohne zu sagen, wie Sie sich eigentlich die Zukunft des Länderfinanzausgleichs vorstellen.

Wir von der FDP sind der Ansicht, dass der Länderfinanzausgleich reformbedürftig ist. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie die Debatte, die aus Süddeutschland angezettelt wurde,

(Zuruf von der SPD: Angezettelt ist gut!)

dazu benutzt hätten, heute einmal darzustellen, wie es in Ihren Augen in den nächsten Jahren weitergehen soll. Es ist doch klar, dass wir ein System, in das wir irgendwann die neuen Bundesländer aufgenommen haben – dort haben sich die Verhältnisse inzwischen geändert –, nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag unverändert fortführen können.

(Zuruf von der SPD: Blühende Landschaften!)

Wir müssen uns vielmehr Gedanken über eine stetige Verbesserung machen. Das ist aber anscheinend nicht Ihre Politik. Sie lassen alles, wie es ist. Das finde ich sehr schade, meine Damen und Herren.

Wir haben vor allen Dingen auch die Schuldenbremse im Blick. 2020 müssen wir auch mit dem Länderfinanzausgleich anders umgehen. Wir wollen

Anreize für Länder setzen, sich entsprechend positiv aufzustellen. Wir wollen zum Beispiel, dass es bei den Steuersätzen Zuschlagsrechte geben soll. Da kann sich Herr Sagel freuen, der unbedingt sehr viele Steuern haben will. Dann kann er im Parlament darüber streiten, dass wir höhere Steuersätze haben als vielleicht in Süddeutschland. Ich bin zwar der Meinung, wir sollten den umgekehrten Weg gehen; aber wir sollten als Länder die Möglichkeit dazu haben. Dazu hätte ich auch von Ihnen gerne etwas gehört.

Ich finde es auch erstaunlich, wenn Sie letztlich immer wieder eine Diffamierungspolitik zu mehr Wachstum betreiben. Sie bekennen sich doch gerade nicht dazu, dass Nordrhein-Westfalen ein Industriestandort ist und wir den Länderfinanzausgleich auch in unserem Sinne positiv gestalten können, indem wir hier auf Wachstumspolitik setzen und nicht gegen jedes neue Röhrchen, das in die Erde gebuddelt wird, gegen jeden neuen Schornstein, der gebaut wird, zu Felde ziehen. Das ist die falsche Politik, die uns langfristig schaden wird.

(Sören Link [SPD]: An wem ist das denn gescheitert? Doch nicht an uns! Sie haben den Murks doch gemacht!)

– Wir haben keinen Murks gemacht. Das sehe ich überhaupt nicht so. Selbst wenn ich Ihnen jetzt recht geben würde, müssen Sie sich doch fragen: Wohin wollen Sie eigentlich? Die Antwort sind Sie heute schuldig geblieben. Sie haben den Tagesordnungspunkt beantragt. Ich hätte erwartet, von Ihnen zu hören, wie Sie sich die Fortentwicklung des Länderfinanzausgleichs vorstellen. Aber da hat Rot-Grün nichts zu bieten. Das ist die Botschaft des heutigen Tages.

Wenn Sie, Herr Sagel, hier immer nur Wahlkampfreden halten, ist das ja wunderschön.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wahlkampf? – Ihre Unfähigkeit!)

Dabei betonen Sie immer wieder irgendwelche Artikel aus der Verfassung. Man hat den Eindruck, dass jeder einzelne Tagesordnungspunkt von der Linken dazu genutzt wird, einmal die Verfassung zu zitieren, um hinterher sagen zu können: Ich kenne sie, und deswegen bin ich verfassungstreu. – Das ist doch eine sehr mehrwürdige Debattenkultur, die Sie hier pflegen, Herr Sagel. Ich fände es schön, wenn Sie sich auch einmal mit echten Themen auseinandersetzen würden, statt immer wieder diese platten Reden zu halten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie schwadronieren doch nur!)

– Ich schwadroniere gar nicht, sondern ich habe hier konkrete Vorschläge gemacht.

Ich würde mich freuen, wenn wir in Zukunft über diese Themen, nämlich über die Fortentwicklung des Länderfinanzausgleichs, über Reformansätze,

Anreize zu Wachstum und ein eigenes Heberecht reden würden. Das wäre etwas im Sinne aller Bundesländer und nicht nur eine blöde Debatte über die Frage „Du nimmst mir etwas weg; ich will dir nichts geben“. Das halte ich für zu kurz gegriffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Orth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Priggen das Wort.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Dr. Petersen, Sie haben vorhin gesagt, das sei billige Kritik an einem Erfolgsbundesland. Darum geht es überhaupt nicht. Das ist eine Kritik an Mappus, dem Noch-Ministerpräsidenten. Wir kritisieren nicht Baden-Württemberg. Wir wünschen dem Land, dass es am 27. März die Regierung bekommt, die es verdient.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will die Nummer nicht so populistisch weitermachen wie Sie. Ich könnte jetzt auch sagen, Nordrhein-Westfalen muss beim spezifischen Länderfinanzausgleich zahlen, seitdem Sie an der Regierung waren, auch 2010 noch. Das wäre billig, obwohl es in der Sache richtig ist. Aber ich würde gar nicht sagen, dass es Ihre Verantwortung ist, sondern es ist eine Folge des langfristigen Strukturwandels, den wir in diesem Land nun einmal haben und den wir zu verkraften haben. Wer genau guckt, welche Landesteile die Probleme haben, der weiß, dass der Strukturwandel im Ruhrgebiet offensichtlich Jahrzehnte braucht – infolge des Rückbaus der Kohle mit über 600.000 Arbeitsplätzen im Bergbau direkt, einer Million insgesamt – und länger dauert. Das gilt auch im bergischen Städtedreieck. Das sind die beiden schwierigen Bereiche, an denen wir arbeiten müssen. Das wäre die nüchterne Betrachtung und Beschreibung der Aufgabe.

Ich könnte genauso sagen, wenn Baden-Württemberg sich beschwert: Das Geld, das in „Stuttgart 21“ sinnlos unter der Erde vergraben werden soll, fehlt uns in Köln-Deutz, fehlt uns in Dortmund, fehlt uns an den Bahnknotenpunkten, fehlt uns für die Betuwelijn,

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

fehlt uns für die schnelle Verbindung zwischen Dortmund und Köln – überall. Dort liegt der Fehler.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Herr Weisbrich, zu Ihrem Beispiel eben: Alte und Lahme auf den Karren, und Selbstverletzung sei unzulässig, um auf den Karren zu kommen. – Den größten Akt der Selbstverstümmelung, den ich erlebt habe, seitdem ich hier im Parlament bin, ist Ihr

Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Anfang letzten Jahres.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

So etwas für Hoteliers und Erben zu machen, zulasten von Nordrhein-Westfalen mit 880 Millionen € pro Jahr,

(Zurufe von der FDP: Och!)

das ist dreimal so viel wie die Studiengebühren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Kollege Weisbrich, das ist die Wahrheit: dreimal so viel wie eine Befreiung der Studentinnen und Studenten und ihrer Familien von Studiengebühren – in einem Jahr und ohne Ihren Widerstand!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir haben nichts davon gehabt; wir haben gezahlt. So etwas habe ich noch nicht erlebt. Da sind bei Ihnen alle Schranken gefallen, und Sie sind dem Steuersenkungsdelirium, das die FDP auf Bundesebene immer propagiert hat, hinterhergelaufen und haben diesen langfristigen Kollateralschaden für das Land zugelassen. Insofern sind Sie an der Stelle verantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich kann verstehen, was Sie an der Sache stört. Es gibt einen Paradigmenwechsel. Bei Ihnen galt bis dato: „Privat vor Staat“ und Steuersenkungen. Das war das Credo Ihrer Politik. Und an der Stelle gibt es einen Paradigmenwechsel. Sie können uns beim Haushalt in allen Einzelheiten kritisieren – das werden Sie ja tun –, aber wir werden an der Stelle das Land etwas sozialer machen, indem wir ein Stück weit – wir werden es nicht im Ganzen schaffen; das ist eine Aufgabe für eine lange Strecke – daran arbeiten, dass Bildung und Ausbildung von Kindern nicht mehr davon abhängig ist, ob die Kinder zu Hause gut oder besser verdienende Eltern haben,

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

sondern dass Kinder diese Chance unabhängig vom Einkommen bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dass das für uns eine höhere Priorität hat als Hoteliers, als Erben und als Steuererleichterungen, das ist der grundsätzliche Unterschied. Da können Sie uns im Einzelnen kritisieren, aber ich glaube, den Weg werden wir in aller Sachlichkeit weitergehen.

Frau Kollegin Freimuth, Sie haben nett angefangen, aber dann kamen die Plattitüden bezüglich der Industrie-feindlichkeit. Ich will nur auf zwei Dinge eingehen.

Industriefeindlichkeit bei Kraftwerken: Es sind sechs Kohleblöcke im Bau. Das mag mir im Einzelnen nicht passen, aber sie sind im Bau. Ein siebter Block ist vor Gericht gescheitert, während Sie gear-

beitet haben, während Sie die Planungen nicht korrekt gemacht haben. Er ist umstritten – das will ich gar nicht bestreiten –, aber er ist vor Gericht gescheitert, ohne dass die SPD oder die Grünen in den Landtagsfraktionen in ihrer Zeit irgendetwas daran getan hätten. Hätten Sie sauber gearbeitet, könnten Sie jetzt nicht jammern. – Das ist nur ein Punkt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Aber ich will auch nach vorne weisen. Wir sind im Moment dabei, Planungen im Land für sechs große Gaskraftwerksblöcke in Kraft-Wärme-Kopplung- und GuD-Bauweise zu unterstützen, sechs Kraftwerke mit über 3.000 MW Leistung. Wir werden alles tun, damit diese Anlagen, die man aufgrund ihrer flexiblen Fahrweise in Ergänzung zu erneuerbaren Energien wirklich braucht, möglichst schnell umgesetzt werden können. Das sind Industrieprojekte, die nützen und die auch im Einklang mit Klimaschutzzielen sind. Von daher können wir uns nur wünschen, dass sie schnell kommen.

Letzter Punkt: Investition in Infrastruktur würde abgelehnt. – Wir wären froh, wenn wir das Geld, das wir zum Straßenunterhalt brauchen, hätten. Die Frage, wie weit noch Neubauten möglich sind, mag man im Einzelfall stellen, ist aber überhaupt nicht der Punkt. Wir haben schon nicht das Geld, um den Unterhalt nach diesen Winterschäden vernünftig hinzubekommen. Auch da brauchen wir Ihre Solidarität in Richtung Bund.

(Zuruf von der CDU)

Und Sie schlagen sich leichtfertig auf die Seite von Mappus, statt die Interessen des Landes zu vertreten. Dass man sich darüber beschwert, weil das ein Foulspiel gegen Landesinteressen ist, das müssen Sie sich gefallen lassen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Fraktion Die Linke hat Herr Kollege Aggelidis das Wort.

**Michael Aggelidis (LINKE):** Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir, an dieser Stelle noch einmal Herrn Mappus zu zitieren, der in der „WAZ“ sagt:

„Stattdessen zieht Ministerpräsidentin Kraft als Wohltäterin durchs Land, will Kindergarten- und Studiengebühren abschaffen. Damit verfrüht sie unser Geld.“

Dieses Zitat muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das sollten Sie den Studentinnen und Studenten, das sollten Sie den Eltern sagen, die betroffen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich halte das für einen Skandal.

(Beifall von der LINKEN)

Für fast noch skandalöser halte ich, dass sich Kollege Petersen hier hinstellt und sagt, das würde die CDU-Landtagsfraktion auch noch unterschreiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eigentlich ein doppelter Skandal.

Natürlich bin ich auch politisch absolut nicht mit dem einverstanden, was Herr Mappus sagt.

(Zuruf von der CDU)

Vielmehr kommt es darauf an, dass die Regierung von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen den beginnenden Kurswechsel festhält und ausbaut – gegen das Dogma der Entschuldung um jeden Preis, für unerlässliche Zukunftsinvestitionen, Orientierung an den Interessen der Lohnabhängigen, der Erwerbslosen und der lernenden Jugend. Wir wissen doch alle: Ein Kaputtsparen der öffentlichen Haushalte ist kontraproduktiv.

(Beifall von der LINKEN)

Schauen Sie sich doch die Schlaglöcher an, die nicht repariert werden, die Gebühren, die die Kommunen gezwungen sind zu erhöhen. So geht es nicht weiter.

Ich werde es an dieser Stelle wie eine tibetanische Gebetsmühle wiederholen: Konsolidierung ist der falsche Weg, solange wir in diesem Land keine Steuergerechtigkeit haben. – Danke.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Für die Landesregierung hat jetzt der Herr Finanzminister das Wort.

(Zurufe – Rüdiger Sagel [LINKE]: Ball flach halten da drüben!)

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will die sehr sachlichen Töne von Reiner Priggen zu der Frage des Strukturwandels, was das an Belastungen gebracht hat und wie wir in der Zukunft damit umgehen müssen, noch ein Stück weiter drehen. Es geht auch darum: Was machen wir mit der Situation, die wir jetzt haben, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten?

Wenn man sich dieses Land einmal ansieht – ich muss erst einmal mein Handy ausschalten –

(Zuruf von der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Das war Herr Mappus, der wollte sich entschuldigen!)

– mag sein; ich hätte es mal probieren sollen –,

(Heiterkeit)

dann hat das eine ganze Reihe von interessanten, aber auch erschwerenden Besonderheiten. Nord-

rhein-Westfalen ist genau genommen, wenn man es sich zusammen mit den anderen Ländern ansieht, ein riesiger Stadtstaat. Wir haben einen enorm hohen Anteil von Stadtbevölkerung, und wir haben aus diesem Grund in bestimmten Dingen, was Sozialstrukturen angeht, Herausforderungen vor der Brust wie die Stadtstaaten. Wir haben auf der anderen Seite aber auch Chancen der Mischung.

Jetzt muss man sich das einmal anschauen: Wir stehen an einer Wegscheide. Wenn es uns gelingt, die Bevölkerungsstruktur, die wir haben – auch mit Migrationshintergrund, mit den unterschiedlichen Kulturen, die dahinter stehen –, zu mobilisieren, dann kann dieses Land in der Zukunft im Wettbewerb als Spitzenstandort nicht nur in Europa, sondern in der Welt eine große Rolle spielen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn uns das nicht gelingt, dann ist das ein enormer, riesiger sozialer Sprengsatz. Es ist genau die Frage, wofür wir uns entscheiden. Wenn es die Probleme im sozialen Bereich gibt, dann sind in den großen Städten auch viele kreative, moderne Unternehmen, die auf Fachkräfte angewiesen sind, nicht mehr interessiert, dort ihren Standort zu nehmen. Umgekehrt: Wenn Menschen gebildet, ausgebildet werden, dann ist es auch spannend für Unternehmen, genau dorthin zu gehen. Deswegen ist es enorm wichtig, dass man an der Stelle investiert und die Grundlage dafür legt, in der Zukunft auch Einnahmekraft zu haben.

Wenn ich eine kleine Anmerkung noch machen darf – das wird manchmal auch vergessen –: Hessen hat in seinem Haushalt einen größeren Kreditfinanzierungsanteil als Nordrhein-Westfalen, und Hessen ist ein ziemlich starkes Geberland. Das dürfte nach der Rechnung, die Sie aufstellen, überhaupt nicht möglich sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mehr will ich dazu nicht sagen. Ich glaube, wir sollten uns das gemeinsam anschauen. Denn da liegt die Chance des Landes, und das hat auch etwas mit der Ausgabenseite zu tun.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Körfges das Wort.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst eine Frage, die Herr Dr. Orth hier eben gestellt hat, für die sozialdemokratische Landtagsfraktion – ich denke, aber auch für den Koalitionspartner, und die Landesregierung könnte sich da sicherlich auch gut anschließen – beantworten: Warum haben wir die Aktuelle Stunde beantragt? Wie ist unsere Haltung zum Bund-Länder-Finanzausgleich?

Wir – ich denke, das zeichnet uns in Nordrhein-Westfalen aus – reden nicht nur über Solidarität, sondern wir verstehen etwas davon, üben die aus, wenn wir gefordert sind, und bekennen uns deshalb zum System des Bund-Länder-Finanzausgleichs, obwohl wir über Jahrzehnte da tüchtig eingezahlt haben und anderen geholfen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Darüber hinaus wollen wir nicht zulassen, dass Dritte unser Land schlechtreden, sich in dem Augenblick, wenn es unter Wahlkampfaspekten opportun ist, von Solidarität verabschieden und auf diese Art gleichsam die Axt an den föderalen Staatsaufbau in unserem Land legen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich ziehe jetzt nur einmal ein Fazit aus der Debatte. Denn unbestritten ist die Entwicklung gerade in den süddeutschen Flächenländern über Jahrzehnte auf Grundlage des Bund-Länder-Finanzausgleichs mit Geld aus Nordrhein-Westfalen betrieben worden.

Darüber hinaus hat Herr Mappus das System – er tut im Augenblick so, als hätte er es nicht verstanden – ganz gut verstanden und betreibt ganz bewusst aufgrund seiner relativ schlechten Performance im Augenblick in Baden-Württemberg gegen Nordrhein-Westfalen Wahlkampf und unterschlägt dabei auf eine Art und Weise, die sicherlich von den Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitikern auch der Union und der FDP hätte kritisiert werden müssen, die Systematik des Bund-Länder-Finanzausgleichs.

Es findet ein Ausgleich nach Steuerfinanzkraft statt. Alles andere, was Sie da machen, bedeutet, dass Sie sich selber in unseren Möglichkeiten, in unseren Rechten als Bundesland beschneiden wollen. Das ist ein grobes Missverständnis und grober Unverstand bezogen auf das, was unser föderales Staatssystem ausmacht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Wir können, wollen und werden uns nicht vorschreiben lassen, wie wir das Geld in unserem Landshaushalt ausgeben, erst recht nicht von denen, die mit ihrer „Privat vor Staat“-Politik krachend auf die Nase gefallen sind und uns in eine Situation gebracht haben, nach der wir zum ersten Mal real am Ende eines Jahres zum Zahler werden. Das geht doch auf Ihr Konto, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb. Das schlägt dann tatsächlich dem Fass den Boden aus:

(Beifall von der SPD)

Sie wirtschaften erst unser Land runter und reden Nordrhein-Westfalen dann noch schlecht.

Meine Damen und Herren, jetzt müssen wir uns einmal anschauen, wer zu diesem Bund-Länder-Finanzausgleich in der Vergangenheit etwas gesagt

hat. Es ist eben von Herrn Römer, meinem Fraktionsvorsitzenden, deutlich darauf hingewiesen worden, dass selbst der ehemalige bayerische Ministerpräsident Stoiber ganz gut mit diesem System leben konnte und das an der entsprechenden Stelle gelobt hat, was zitiert worden ist von Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten aus den neuen Bundesländern, und dass das auf einmal, wo es mit den Schwarzen und den Gelben in den süddeutschen Flächenländern nicht so gut aussieht, jetzt alles nicht mehr gelten soll. Meine Damen und Herren, das ist wirklich aus meiner Sicht empörend.

Wenn dann hier behauptet wird von einem Redner im nordrhein-westfälischen Landtag, wir würden das Geld aus Süddeutschland – ich glaube, wörtlich hat das der Kollege Dr. Orth gesagt – „verfrühstückt“, indem wir Kindertagesstätten verbessern, indem wir Chancengleichheit schaffen und indem wir Studiengebühren abschaffen, dann zeigt das, dass Sie zwei Dinge nicht begriffen haben.

Erstens haben Sie nicht begriffen, lieber Kollege Orth, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie mit Ihrem Politikmodell gescheitert sind.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zweitens haben Sie ganz offensichtlich vor, und zwar ohne jeden sachlichen Hintergrund, hier pauschal alternative Politikansätze zu diskreditieren. Sie haben ganz offensichtlich Angst davor, dass Prävention und Vorsorge zu nachhaltigeren fiskalischen Ergebnissen führen als der Murks, den Sie hier angerichtet haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir investieren in die Zukunft unseres Landes, indem wir in die Köpfe und die Lebenschancen unserer Kinder und jungen Menschen investieren.

(Zuruf von der CDU: Schulden machen! – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer hat die Schulden gemacht?)

Weil Sie das nicht verstanden haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sind Sie abgewählt worden. Und ich sage eines: das zu Recht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Weisbrich noch einmal das Wort.

**Christian Weisbrich (CDU):** Schönen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Körfges, beim Länderfinanzausgleich sagt ja niemand, dass er nicht in Solidarität sein soll. Ich habe das vorhin schon einmal erwähnt. Ich will Ihnen einmal das Beispiel Hessen nennen. Hessen hat von 1999 bis jetzt 16 Milliarden € neue Schulden

aufnehmen müssen. Hessen ist ja ein viel kleineres Land als Nordrhein-Westfalen. Aber Hessen hat im gleichen Zeitraum 27 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, ohne Verrechnungen bei der Umsatzsteuer, direkt.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Das ist ein Problem. Deswegen habe ich vorhin gesagt: Finanzausgleich muss sein. Solidarität muss sein. Aber es kann nicht sein, dass diejenigen, die schwach auf der Brust sind, sich Dinge leisten, die sich diejenigen, die bezahlen, nicht leisten können. Das ist ein Problem, das irgendwann einmal mit Strunk und Stiel geklärt werden muss.

Niemand will in die Politikansätze anderer Länder reinreden.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Doch! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein, nein, nein. Niemand will das tun. – Wenn sie einen vorbeugenden Sozialstaat haben wollen, wenn sie Prävention machen wollen, dann wird ihnen doch niemand von außen sagen „Das darfst du nicht tun“, wenn ansonsten die Finanzen in Ordnung sind. Sie müssen das, was sie wollen, einsparen.

(Zurufe von Thomas Eiskirch und Hans-Willi Körfges [SPD])

Sie müssen im Haushalt umschichten. Sie können das nicht auf anderer Leut's Kosten machen.

Wenn Sie, Herr Kollege Körfges, den präventiven Sozialstaat haben wollen, dann ist das keine Frage des Länderfinanzausgleichs, sondern am Ende ist das eine Frage der Verfassung unseres Landes. Sie können das nicht so finanzieren, als seien das harte Investitionen. Das verbietet das Grundgesetz, das verbietet die Verfassung. Darüber müssen Sie sich im Klaren sein.

Wenn Sie einen solchen Ansatz fahren wollen, dann bringen Sie den Haushalt in Ordnung, schichten Sie um, sparen Sie anderer Stelle ein! Und dann sagen Sie den Leuten auch, wo Sie diese Einsparungen machen wollen. Tun Sie nicht so, als könnten Sie alles finanzieren, allen alles versprechen. Sie werden dann am Ende nichts halten. Ich gebe Ihnen Brief und Siegel: Die anderen Bundesländer werden sich das auf Dauer nicht gefallen lassen. Sie wollen nicht im Einzelnen reinreden, aber sie wollen, dass das Geld, das hierher fließt, dann auch werbend angelegt wird, damit die Wirtschaftskraft gestärkt wird.

Sie haben gesagt, wir hätten die Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalens ruiniert. Entschuldigung, Herr Körfges, ich habe die Zahlen neulich schon einmal gesagt: Als wir seinerzeit 1966 die Regierung abgegeben hatten, hatte Nordrhein-Westfalen 29 % Anteil am Bruttosozialprodukt der

Bundesrepublik. Als wir von Ihnen übernommen haben, da waren es noch kümmerliche 22 %. In dieser Zeit ist das passiert. Das kann man nicht in fünf Jahren aufholen. Wir sind auf einem guten Weg gewesen. Sie machen jetzt wieder alles kaputt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor, so dass ich die Debatte zur **Aktuellen Stunde** **schließe**.

Bevor ich aber den Tagesordnungspunkt schließe, hat der Kollege Dr. Orth darum gebeten, nach § 29 unserer Geschäftsordnung eine persönliche Bemerkung machen zu dürfen. Herr Kollege Orth, Sie haben das Wort.

**Dr. Robert Orth (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Körfges, Sie haben eben behauptet, ich hätte im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich zu Kindergartenbeiträgen und zu Beiträgen beim Studium gesprochen. Ich habe beide Worte nicht einmal in den Mund genommen. Ich möchte klarstellen, damit hier nicht ein falscher Zungenschlag reinkommt: Sie haben mir etwas unterstellt, was ich so nie gesagt habe. Ich habe nur zur Zukunft des Länderfinanzausgleichs gesprochen. Das hätte ich mir bei Ihnen auch gewünscht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke schön, Herr Kollege Orth. – Damit ich schließe ich den Tagesordnungspunkt 1 und rufe auf:

## 2 Rot-Grüne Haushaltspolitik versinkt im Chaos

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1198

Entschließungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1235

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende Fraktion spricht Herr Dr. Papke.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch nie hat eine Landesregierung in Nordrhein-Westfalen innerhalb weniger Wochen ein derartiges Chaos in der Haushaltspolitik angerichtet wie diese rot-grüne Landesregierung.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Die Frage, die sich vielen Beobachtern aufdrängt, lautet: Ist das Unfähigkeit oder dreiste Trickserie? Ich fürchte, beides, meine sehr verehrten Damen und Herren. Was insbesondere der Finanzminister in den letzten Wochen Parlament, Verfassungsrichtern und Öffentlichkeit zugemutet hat, spottet wirklich jeder Beschreibung.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das geht heute Morgen munter weiter. Ich habe hier die Presseerklärung des Finanzministers vom heutigen Tage zur Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in Händen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Da wären Sie mal besser hingegangen!)

– Ich halte mich an das Papier des Finanzministers. Darin stellt er – das gibt er jetzt auch offen zu – zunächst einmal fest, dass er persönlich am 13. Januar über die neuen Haushaltsdaten informiert worden sei.

Im Übrigen, Herr Finanzminister, hat Ihr Haus – das haben Sie in der letzten Vorlage einräumen müssen – bereits am 12. Januar mit den exakten Zahlen gerechnet. Also, am 13. Januar – das war, meine Damen und Herren, eine Woche vor der parlamentarischen Debatte über diesen Punkt, der übrigens als Regierungsunterrichtung noch von Ihnen selber beantragt worden ist – kannten Sie also die neuen Zahlen, Herr Finanzminister! Das wollen wir hier zunächst einmal festhalten.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ich zitiere nur aus der Presseerklärung Ihres Finanzministers, Frau Ministerpräsidentin. Ich zitiere jetzt weiter. Ich kann Ihnen auch sagen, aus welchen Punkten.

Zu Punkt 4 sagt der Finanzminister heute in seiner Erklärung, er habe die aktuellen Zahlen zum Haushaltsvollzug für – und jetzt hören Sie gut zu, meine Kolleginnen und Kollegen – eine wichtige Information im laufenden Verfahren vor dem Verfassungsgericht gehalten. Ich kann Ihnen sagen, Herr Walter-Borjans: Wir auch! Aber wenn Sie das – das ist doch wohl unstrittig – für eine wichtige Information gehalten haben: Weshalb haben Sie Parlament, Verfassungsgericht und Öffentlichkeit nicht informiert? Weshalb nicht?

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie sagen – ich zitiere weiter aus Punkt 7 –, Sie hätten keine Veranlassung gehabt, die noch nicht abschließend geprüften Zahlen bei der Unterrichtung im Landtag vorzutragen. Weiter – das ist wirklich die Krönung – sagen Sie in Punkt 9, das bedeute nicht, dass der Finanzminister zu ständigen Wasserstandsmeldungen verpflichtet sei.

(Zuruf von der CDU: Ungeheuerlich!)